

## Die Europawahl ist eine Richtungsentscheidung

### Nur mit einer starken Sozialdemokratie schaffen wir ein sozialeres Europa

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn es noch eines Beweises bedurfte, dass Märkte nicht sich selbst überlassen bleiben dürfen – die Wirtschafts- und Finanzkrise hat ihn erbracht. **Märkte brauchen Regeln und sozialen Ausgleich.** Nur dann arbeiten sie für das langfristige Wohl der Menschen – und zwar nicht einiger weniger, sondern aller.

Um die Krise erfolgreich bewältigen zu können, brauchen wir internationale Vereinbarungen – insbesondere zur Regulierung der Finanzmärkte. Und wir brauchen eine Europäische Union, die die richtigen Prioritäten setzt. Dort, wo die Gestaltungsfähigkeit der Nationalstaaten an Grenzen stößt, muss ein **starkes und soziales Europa** ansetzen und eine soziale Ordnung aufbauen, die die freien Marktkräfte zivilisiert. Dazu gehören gesicherte Arbeitnehmerrechte, faire Löhne, starke Mitbestimmung und guter Arbeits- und Gesundheitsschutz. Lohn- und Sozialdumping darf in Europa kein Raum gegeben werden.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die **Europawahl am 7. Juni** noch einmal an Bedeutung.

Im Europäischen Parlament sind die Konservativen derzeit mit 288 Sitzen, sozialdemokratische Parteien mit 216 Sitzen vertreten.

Zudem werden viele der einflussreicheren Mitgliedsländer konservativ regiert. Dies schlägt sich auch in einer **konservativ-liberalen Mehrheit** der mächtigen **EU-Kommission** nieder, die in ihrer Politik oft allzu einseitig auf die Regeln des Binnenmarktes fixiert ist.

Um eine Akzentverschiebung in Richtung eines sozialeren Europas herbeizuführen, brauchen wir ein sozialdemokratisch geprägtes Europäisches Parlament als Gegengewicht. Die **Europawahl** ist also eine klare **Richtungsentscheidung.**

Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland wollen ein sozialeres Europa. Sich hierfür erfolgreich einzusetzen trauen sie zu Recht am ehesten der SPD zu.

In den relevanten Politikbereichen schätzen die Menschen die **Sozialdemokraten** deutlich kompetenter ein als die konservativen Kräfte. Dies gilt insbesondere für den Einsatz für Arbeitnehmerrechte (79 %), die Einführung von Mindestlöhnen (77 %), den Einsatz für ein soziales Europa (76 %), die Erhöhung der Bildungsausgaben (62 %) und die Bekämpfung

der Arbeitslosigkeit (60 %). Eine größere Kompetenz (63 %) schreiben die Menschen der Sozialdemokratie auch dabei zu, wie Europa Vorreiter für internationalen Umwelt- und Klimaschutz werden kann (TNS Infratest 01/09).

Für ein sozialeres Europa streiten Sozialdemokratie und Gewerkschaften gemeinsam. Eine Arbeitsgruppe aus **DGB und SPD** hat kürzlich der Öffentlichkeit ein **gemeinsames Positionspapier** unter dem Titel **"Für ein Europa des sozialen Fortschritts"** vorgestellt. Erarbeitet wurde es von Martin Schulz, Michael Sommer, Andrea Nahles, Frank Bsirske, Olaf Scholz sowie Klaus Wieseberg. Darin werden für die Zukunft der Europäischen Union im neuen Jahrzehnt eine soziale Ordnung für Europa mit fairen Regeln für die Märkte und fortschrittliche soziale Rechte für die Menschen eingefordert.

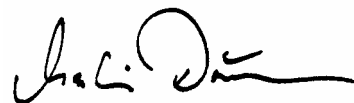
So sollen die **sozialen Grundrechte** im Konfliktfall vorgehen, die wirtschaftlichen Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes also keinen Vorrang vor sozialen Grundrechten und Zielen haben. Gefordert wird zudem eine **„soziale Fortschrittsklausel“**. Sie soll direkt im EU-Primärrecht festgeschrieben werden und sicherstellen, dass die sozialen Grundrechte – wie Grundrechte überhaupt – Vorrang gegenüber den wirtschaftlichen Grundfreiheiten haben. Außerdem soll es in der EU-Entsenderichtlinie eine Klarstellung nach dem Prinzip „gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ geben.

Die Konservativen und Liberalen in Europa wollen auch nach der Krise Wettbewerb und Deregulierung weiter Vorrang vor fairen Löhnen und den Rechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa geben.

Klar ist daher: Nur mit einer **starken Sozialdemokratie** wird es ein **Europa des sozialen Fortschritts** geben.

Herzlichst

Ihr



**Artikel aus der Berlin Depesche Nr. 53  
(Mai / Juni 2009)**